
Peter Birke, Florian Hohenstatt, Moritz Rinn

Gentrifizierung, Aktivismus und „Rollenspiele“. Erfahrungen am Hamburger Stadtrand

1. Einleitung

Proteste und Bewegungen in Hamburg waren die wichtigsten Bezugspunkte jener Recht-auf-Stadt-Netzwerke, die in *Sozial.Geschichte Online* in den vergangenen fünf Jahren immer wieder aus unterschiedlichen Perspektiven dokumentiert und analysiert wurden.¹ Im Hamburg entstand nach 2009, im Zuge von spektakulären Ereignissen wie der Besetzung des Gängeviertels oder dem Kampf um das Bernhard-Nocht-Quartier, eine breite Bewegung gegen Wohnraummangel und die Explosion der Mietpreise.² Mit dem Aufruf „Not in our name, Marke Hamburg“ machten Künstler_innen gleichzeitig mit bundesweiter und sogar internationaler Ausstrahlung auf ihre Ablehnung des Stadtmarketings und der Instrumentalisierung von Kultur in Aufwertungsprozessen aufmerksam. Der Zyklus intensiver stadtpolitischer Mobilisierungen erreichte im Winter 2013/14 mit den Protesten gegen die drohende Räumung der Roten Flora im Hamburger Schanzenviertel, den Ab-

¹ Eine erste Variante dieses Textes erschien in englischer Sprache in: *International Journal of Action Research*, 11 (2015), 1/2, S. 195–227.

² Vgl. neben vielen anderen: Jonas Füllner / David Templin, Stadtplanung von unten. Die „Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg; in: Andrej Holm / Dirk Gebhard (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*, Hamburg 2011; Christoph Twickel, Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle, Hamburg 2010. In vorliegender Zeitschrift ist erschienen: Peter Birke, *Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg*, *Sozial.Geschichte Online*, 3 (2010), S. 148–191.

riss der Esso-Häuser auf St. Pauli sowie dem Kampf der Lampedusa-Refugees weitere Höhepunkte.³ Eine zentrale Frage, die solche Proteste und Bewegungen aufgeworfen haben, war die nach deren sozialer Grundlage und möglicher Verbreiterung. Kritisiert wurden eine sozialräumliche wie inhaltliche Verengung, wobei Aktivist_innen und auch ein Teil der sympathisierenden Forschungscommunity ein Recht auf Stadt für alle forderten.⁴ Einige Protestbewegungen der vergangenen Jahre brachten dieses Problem öffentlich auf den Punkt. Die Auseinandersetzung um die Wohn- und Mietbedingungen in Kreuzberg (Kotti & Co.) oder die Kampagne gegen Zwangsräumungen, die vor allem durch Proteste und Kampagnen im Rahmen der Antiausteritätsproteste in Spanien oder Griechenland inspiriert war, sind auch ein Ergebnis dieser Debatten.

Der vorliegende Artikel schließt an diese Diskussion an. Wir reflektieren hier Erfahrungen, die wir als AktivistInnen des Arbeitskreises Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU) gesammelt haben. Wilhelmsburg ist, wie wir im ersten Teil dieses Textes etwas ausführlicher darstellen werden, ein seit vielen Jahrzehnten stark durch Armut und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse geprägter Hamburger Stadtteil, der in der ersten Dekade der 2000er Jahre mit einer kampagnenartigen, mehrere Schritte eines Gentrifizierungsprozesses beinhaltenden Inwertsetzung konfrontiert war, mit einer starken und sichtbaren Neuzusammensetzung der Bevölkerung als durchaus intendierter Folge. In diesem Prozess spielten zwei Großevents eine entscheidende Rolle, namentlich die Internationale Bauausstellung (IBA) sowie die Internationale Gartenschau, die mit einem Vorlauf von knapp zehn Jahren 2013 ihre Abschlusspräsentation

³ Vgl. Peter Birke, Autonome Sehenswürdigkeit. Die „Rote Flora“ in der Hamburger Stadtentwicklung seit den 1980er Jahren, Sozial.Geschichte Online, 13 (2014), S. 80–104.

⁴ Vgl. hierzu bspw. die Debatte in der Zeitschrift sub\urban: Margit Mayer, Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt, sub\urban – zeitschrift für kritische stadtforschung, 1 (2013), S. 155–168; dies., Was können urbane Bewegungen, was kann die Bewegungsforschung bewirken? Replik zu den fünf Kommentaren, sub\urban – zeitschrift für kritische stadtforschung, 1 (2013), S. 193–204.

erlebten. Der AKU war ein politisch vielfältiger Zusammenschluss von rund einem Dutzend Menschen, der ab der zweiten Hälfte der 2000er versuchte, diese Tendenzen nicht nur zu problematisieren, sondern auch aktiven Widerstand zu organisieren. Der AKU war Teil des Hamburger Recht-auf-Stadt-Netzwerkes. Doch angesichts der Lage Wilhelmsburgs am sozialen „Rand“ Hamburgs war eine unserer wichtigsten Forderungen die Erweiterung der Perspektiven und Themen des Netzwerkes. Was wir insofern nach außen getragen haben, war zugleich eine Frage, mit der wir „nach innen“ konfrontiert waren. Auch wenn die Zuschreibung, der Widerstand gegen die Gentrifizierung Wilhelmsburgs sei eine Angelegenheit einer weißen, jugendlichen, linken Subkultur gewesen, falsch ist – wie nicht zuletzt unsere Initiativen zeigen – so war der Akademiker_innenanteil im AKU doch überdurchschnittlich hoch. Vor allem aber sind wir drei Autoren dieses Textes – in dem wir keinesfalls für den AKU sprechen – alle in der einen oder anderen Form im Rahmen von institutionalisierten Forschungsprozessen mit Fragen der urbanen sozialen Bewegungen beschäftigt oder jedenfalls beschäftigt gewesen. Neben der Frage, welche Themen im Rahmen einer an Ereignissen im Stadtzentrum und an Forderungen akademischer Mittelschichten orientierten Stadtöffentlichkeit überhaupt zur Sprache gebracht werden können, geht es in der folgenden Reflexion also auch um die Frage, wie das Wissen der Bewegungen, und unser eigenes Wissen, nicht-hierarchisch produziert und vermittelt werden kann.

Hierzu haben wir keinesfalls ein definiertes Konzept, zumal es uns, anders als beispielsweise in der „Aktionsforschung“, nicht primär um kollektive Reflexion, sondern um Intervention in anstehenden Konflikten ging. Was wir dabei allerdings teilen, ist eine Zurückweisung der ideologischen Figur des neutralen Forschers: Voraussetzung für die Einrichtung von „Reflexionsräumen“ (Fricke)⁵ ist auch aus unserer Sicht, dass die Positionierungen aller Be-

⁵ Vgl. Werner Fricke, Aktionsforschung in schwierigen Zeiten, in: M. Jostmeier, A. Georg, H. Jacobsen (Hg.), Sozialen Wandel gestalten – Zum gesellschaftlichen

teiligten transparent sind und sich verändern können. Dabei muss angesichts der Vorerfahrungen urbaner sozialer Bewegungen im Kampf gegen die Gentrifizierung bewusst gegen bestimmte zu erwartende Rollenmuster verstoßen werden. Wir sprechen in diesem Zusammenhang im Folgenden auch von *Rollenspielen*, auf deren Grundlage erst ein offener Suchprozess möglich wurde, der eine recht große Vielfalt sehr unterschiedlicher Aktionsformen und sozialer Interaktionen hervorbrachte.⁶ Nachdem wir im folgenden Abschnitt zunächst auf den stadtpolitischen Kontext eingehen, folgt die Darstellung dann den Schwerpunkten der Interventionen des AKU. Im Wesentlichen ging es dabei um Konflikte um Mieten und Wohnungsbau (Abschnitt 3) sowie um die Kritik des lokalen Stadtmarketings (Abschnitt 4). Während der Arbeitskreis Umstrukturierung seit 2014 vor Ort durch andere Initiativen und Kampagnen ersetzt wird,⁷ scheinen uns die hier angesprochenen Fragen für viele stadtpolitische Initiativen auch aktuell relevant. Wir hoffen also, dass das Folgende von diesen Initiativen zur Reflexion ihrer Möglichkeiten und Grenzen genutzt werden kann.

Innovationspotenzial von Arbeits- und Organisationsforschung, Wiesbaden 2013, S. 213–236.

⁶ Dieser Text ist kein systematisches Resümee *aller* Aktivitäten des AKU. Siehe hierzu eher: Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg, Unternehmen Wilhelmsburg. Stadtentwicklung im Zeichen von IBA und igs, Hamburg / Berlin, 2013. Für alle beschriebenen Interventionen vgl. auch das Gruppenarchiv [<http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu>].

⁷ Ein im Reihertiegviertel verorteter Ansatz ist die Vernetzung „Wilhelmsburg Solidarisch“, die kollektive Beratung und Unterstützung in Alltagskonflikten mit Vermieter_innen, Jobs und Jobcentern oder der Ausländerbehörde organisiert und etwa zuletzt versuchte, die Zwangsräumung eines Nachbarn zu verhindern (vgl. [www.solidarisch.org]).

2. Wilhelmsburg und die Internationale Bauausstellung

Wilhelmsburg und die Veddel sind Stadtteile des Bezirks Hamburg-Mitte.⁸ Insgesamt leben hier ungefähr 55.000 Menschen, mit in den vergangenen Jahren steigender Tendenz. Historisch und geografisch handelt es sich um eine eingedeichte und von Kanälen durchzogene Ansammlung zahlreicher Inseln im Stromspaltungsgebiet der Elbe. Die beiden Stadtteile liegen zwischen der Hamburger Innenstadt im Norden und Hamburg-Harburg im Süden, direkt angrenzend an Hafen- und Industriegebiete. Autobahnen und Bahnlinien queren das Gebiet, das trotz aller Urbanität zu einem Drittel aus landwirtschaftlich genutzter Fläche besteht. Die Quartiere der beiden Stadtteile verstreuen sich über ein großes Gebiet und sind sozial sehr divers. Wohnviertel mit (überwiegend kleinem) Hauseigentum wie Alt-Kirchdorf liegen direkt neben Trabantenstädten aus den 1960er und 1970er Jahren (Kirchdorf-Süd). Die sozialstrukturellen Daten weisen in vielen Quartieren auf Armut und Migration hin (Reiherstiegviertel, Korallusviertel, Kirchdorf-Süd). Der Zuzug von Menschen mit mittlerem Einkommen und deutschem Pass ist vor allem im Reiherstiegviertel zu beobachten, das hinsichtlich seiner Bausubstanz – viel Altbau aus der vorletzten Jahrhundertwende – auch diesbezüglich den Klischees entspricht.

Das „Unternehmen Hamburg“

Die „Aufwertung“ von – wichtig! – Teilen der in Wilhelmsburg gelegenen Quartiere hatte und hat ihre Grundlage in einer veränderten städtischen Politik. In dieser wird „Stadt“ nicht mehr primär als Gemeinwesen, sondern in einem weiterhin umfassenden Sinne als Unternehmen verstanden: ein Unternehmen, das sich in einer globa-

⁸ Im Folgenden sprechen wir von „Wilhelmsburg“ (und nicht von der gesamten „Elbinsel“), weil sich sowohl die Aktivitäten des Arbeitskreises Umstrukturierung als auch die Maßnahmen im Rahmen des „Sprungs über die Elbe“ vorrangig auf einige Quartiere dieses Stadtteils bezogen haben.

len Standortkonkurrenz mit anderen Städten vergleichbarer ökonomischer Struktur und Größenordnung zu bewähren habe. In Hamburg wurde die Ökonomisierung städtischer Funktionen, das heißt sowohl der Verwaltung als auch der Versorgungsbetriebe, bereits seit den 1980er Jahren unter dem Einfluss der zweiten großen Rezession nach dem Ende des Nachkriegsbooms zur stadtpolitisch zunehmend hegemonialen Konzeption.⁹ Seitdem wurde sie von wechselnden regierenden Koalitionen des Stadtstaates weiterverfolgt. In den 2000er Jahren setzte zunächst ein rechtskonservativer Senat verstärkt auf eine wachstumsorientierte Metropolenpolitik, um die Position Hamburgs innerhalb der interurbanen Konkurrenz zu verbessern.¹⁰ Maßstab waren die damals wie heute beliebten Städterankings, zentrales Ziel, die Standortbedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen und deren (potenzielle) Beschäftigten zu optimieren. Im bundesweiten Kontext wurde die Verantwortung für die Reproduktion der Arbeitskraft durch die Einführung einer „aktivierenden“ Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik individualisiert, in der städtischen Sozialpolitik wurde zunehmend auf die Verwertbarkeit von Wissen auf den Arbeitsmärkten gesetzt – und stadtpolitisch dementsprechend auf die Anziehungskraft Hamburgs für „neue Mittelschichten“. Im Zuge der latenten Haushaltskrise schnitten zahlreiche Sparrunden in das soziale Netz. Die unter der vergleichsweise kurz amtierenden schwarz-grünen Koalition verabschiedeten Zusätze zum Leitbild – in Anlehnung an Theorien Richard Floridas und unter der Überschrift der „kreativen Stadt“ – ergänzten diese Maßnahmen, während in der zweiten Hälfte der

⁹ Klaus von Dohnanyi, „Unternehmen Hamburg“, Rede vor dem Übersee-Club, 29. November 1983; vgl. Jens K. Dangschat, Konzeption, Realität und Funktion „neuer Standortpolitik“ – am Beispiel des „Unternehmens Hamburg“; in: Hubert Heinelt / Margit Mayer (Hg.), Politik in europäischen Städten, Basel 1993; Sybille Bauriedl, Spielräume nachhaltiger Entwicklung. Die Macht stadtentwicklungspolitischer Diskurse, München 2007.

¹⁰ Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt, Staatliche Pressestelle, 11. Juli 2002; FHH, Fortschreibung des Leitbildes: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt, Staatliche Pressestelle, 22. Juli 2003.

2000er Jahre der Wohnungsbau und darin vor allem der geförderte Wohnungsbau nahezu zum Erliegen kam.¹¹ In der seit 2009 entstehenden Bewegung für ein „Recht auf Stadt“ stand demgemäß die Kritik an der Instrumentalisierung kreativer Arbeit und am „Standortmarketing“ sowie an der städtischen Wohnungsbaupolitik im Vordergrund.¹²

Der „Sprung über die Elbe“

Teil des Leitbildes „Wachsende Stadt“ war auch der Sprung über die Elbe, mit dem die „räumlichen Potenziale“ von Wilhelmsburg, der Veddel und Harburg für neue Bevölkerungsschichten erschlossen werden sollten. Zu diesem Zweck gründete der Hamburger Senat zwei Stadtentwicklungsgesellschaften, die diesen Aufwertungsprozess im Ausstellungs- und Festivalformat durchführen sollten: erstens die *Internationale Bauausstellung Hamburg GmbH* (IBA), im Zeitraum von 2006 bis 2013 verantwortlich für die Koordination und Durchführung von über 70 städtebaulichen und imagepolitischen Projekten mit einer Investitionssumme von insgesamt einer Milliarde Euro. „Internationale Bauausstellungen“ sind eine Marke, die keineswegs „international“ ist, sondern ein in Deutschland entwickeltes und sich zuletzt inflationärer Beliebtheit erfreuendes Instrument, mit dem exemplarische Lösungen für zeitgenössische Probleme der Stadtentwicklung und Architektur erarbeitet werden sollen. Zweitens die *internationale Gartenschau Hamburg 2013 GmbH* (igs), die im gleichen Projektzeitraum auf dem Gelände

¹¹ Zur Kritik siehe Dirk Schubert, *Metropole Hamburg – Wachsende Stadt. „Good Governance“ und Stadtentwicklung zwischen Exklusion und Inklusion, dérive – Zeitschrift für Stadtforschung*, 31 (2008), S. 49–52; Rainer Volkmann (Hg.), *Erfolgsmodell „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“? Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen*, Hamburg 2006.

¹² Vgl. Twickel, *Gentrifidingsbums* (wie Anm. 2); Birke, *Banko* (wie Anm. 2); Füllner / Templin, *Stadtplanung* (wie Anm. 2); zur internationalen Debatte um das „Right to the City“ siehe neben vielen anderen Peter Marcuse, *From Critical Urban Theory to the Right to the City*, in: *City: Analysis of Urban Trends, Culture, Theory, Policy, Action*, 13 (2009), 2, S. 185–197; Mayer, *Neoliberalisierung* (wie Anm. 4).

eines Parks und angrenzenden Grünflächen im Zentrum der Insel einen neuen „Volkspark“ entstehen lassen sollte. Beide Gesellschaften waren entweder vollständig oder mehrheitlich in städtischem Besitz, agierten aber wie private Unternehmen, die mit eigenem Budget ausgestattet relativ unabhängig von der parlamentarisch-politischen Willensbildung waren.¹³

Vorbild dieser Konstruktion ist die *HafenCity GmbH*, die für die Entwicklung eines innenstadtnahen Megabauprojekts zuständig ist, das seit den 1990er Jahren am anderen Ufer der Norderelbe entstanden ist.¹⁴ Die HafenCity ist zudem als konkretes Bauprojekt durchaus paradigmatisch für die oben skizzierte historische Wende in der Hamburger Stadtpolitik. Sie illustriert die in vielen anderen Metropolen (von Toronto bis Lissabon) voranschreitende postindustrielle Entdeckung der „*waterfronts*“ für neue Nutzungsformen: eine gemischte Neubausiedlung aus fast ausschließlich hochpreisigem Wohnungsbau, ebenso teuren Büroflächen und einem gewissen Anteil nahezu bis zum Finanzkollaps öffentlich finanzierter „Leuchttürme“ der Wissens- und Konsumgesellschaft (wie der Elbphilharmonie oder der HafenCity-Universität). Der mittlerweile etwa zur Hälfte abgeschlossene Bau der HafenCity war der erste Schritt in der Inwertsetzung jenes Hafengebiete, der für moderne Tiefwasserschiffe weitgehend unzugänglich ist und deshalb ein riesiges Flächenpotenzial für die „Wachsende Stadt“ und ihre sozialen Projektionsflächen bietet.

Stadtmarketing im „Problemviertel“

Auch hinsichtlich ihrer stadtentwicklungspolitischen Funktion ähneln sich *HafenCity GmbH* und *IBA GmbH*. Beide Gesellschaften

¹³ Die Unterschiede zwischen den beiden Gesellschaften wurden besonders nach dem Ende ihrer jeweiligen Präsentationen deutlich. Während von der igs lediglich ein Hinweis auf der Internetpräsenz der Hansestadt übrig blieb, wird die IBA Hamburg GmbH als quasi-kommunale Stadtentwicklungsgesellschaft dauerhaft fortgeführt (vgl. [<http://www.iba-hamburg.de/2014.html>]).

¹⁴ Bauriedl, Spielräume (wie Anm. 9).

sind vorrangig für infrastrukturelle, planerische und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen verantwortlich. Ziel ist dabei auch die Veräußerung städtischer Grundstücke und Immobilien an private Investoren.¹⁵ Ein Schwerpunkt insbesondere der IBA war dabei die Entwicklung „neuer“, „experimenteller“ und „hochwertiger“ Wohngebäude mit einem entsprechenden Wohnumfeld, vorzeigbaren Freizeiteinrichtungen und modellhaften Bildungseinrichtungen. Anders als im Falle der HafenCity, die auf einem durch Industrie, Energieerzeugung und Logistik geprägten Hafensreal entsteht, war die besondere Herausforderung von IBA und igs ihre Bezugnahme auf bereits bestehende Wohnquartiere. Im Vergleich der beiden Projekte spielte deshalb im IBA-Prozess die Vermarktung des Stadtteils eine besonders wichtige Rolle, die für die örtlichen Initiativen zwischen 2006 und 2013 ein zentrales Moment der (positiven wie negativen) Bezugnahme bildete.¹⁶

Die Vermarktung des Stadtteils fand aber auch ungeachtet der im nächsten Abschnitt zu skizzierenden Interessen lokaler Akteur_innen unter anderen Bedingungen statt als auf den Flächen des früheren östlichen Hafengebiets. Denn Wilhelmsburg wurde Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre in der medialen Öffentlichkeit als „gefährliches Viertel“ präsentiert und kam als „Bronx des Nordens“ gar zu bundesweiter Bekanntheit. Die Quartiere auf der Elbinsel wurden als ein von der Mehrheitsgesellschaft wie der Politik aufgegebenen städtischer Raum dargestellt, in dem sich „Problemgruppen“ konzentrierten, allen voran „Arbeitslose“ und

¹⁵ Einen Unterschied gibt es jedoch trotz aller Ähnlichkeit: Während die Hafen-City GmbH aus den Bodenverkäufen Gewinne realisieren musste, die das Containerterminal in Altenwerder finanzieren sollten (vgl. Bauriedl, Spielräume [wie Anm. 9]), wurden die Flächen, die durch die IBA privatisiert wurden, teilweise dramatisch unter Wert veräußert, um den grundsätzlichen Erfolg der Umstrukturierung nicht zu gefährden (vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Drucksache 20 / 11177, 15. April 2014).

¹⁶ Vgl. Christian Gatermann / Tina Habermann, Wilhelmsburg zu Markte tragen. Stadtteilmarketing im Kontext des „Sprungs über die Elbe“ und der IBA; in: Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg, Unternehmen Wilhelmsburg, Stadtentwicklung im Zeichen von IBA und igs, Hamburg / Berlin, 2013, S. 25–44.

„Ausländer“. Es sei ein von Hoffnungslosigkeit, Kriminalität und Gewalt geprägtes und in einer „Abwärtsspirale“ befindliches Gebiet. Alle, die es sich leisten können, würden die Elbinseln fluchtartig verlassen, zurück blieben „sozial instabile Familien“ und „überforderte Nachbarschaften“: „Negative Quartierseffekte“ erzeugten einen sich selbst verstärkenden Prozess der sozialen Desintegration.¹⁷

Einen derartig beschriebenen Stadtteil durch einen Imagewandel zu normalisieren, erschien zu Beginn der Maßnahme als ambitionierte Aufgabenstellung. Genau dies war aber auch der Punkt, an dem IBA und igs an die formulierten Forderungen aus Teilen der lokalen Zivilgesellschaft andocken konnten. Denn die sozialen Verhältnisse wurden um das Jahr 2000 herum auch aus der Bevölkerung als unhaltbar kritisiert. Der Wohnungsbestand in den heute für eine Gentrifizierung besonders interessanten Quartieren wie dem Reierstiegviertel war durch Wohnungsbaugesellschaften und private Vermieter_innen nach der Sturmflut von 1962 für Jahrzehnte vernachlässigt worden. Seit den späten 1960er Jahren sind viele Quartiere des Stadtteils durch eine multinationale Arbeiter_innenklasse geprägt, die im Hafen und in der hafennahen Industrie und Logistik beschäftigt war und (wenngleich unter wesentlich ungünstigeren Voraussetzungen) teils noch immer ist. Der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in diesen Bereichen während der Rezessionen nach 1973 und 1981 verschärfte die soziale Situation. Heftig umkämpfte Werftschließungen und mangelnde Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur im Rahmen staatlicher Austeri-

¹⁷ Einen anschaulichen Eindruck von der Berichterstattung liefert ein zeitgenössischer Text aus dem Spiegel: Klaus Brinkbäumer, Er machte alle kalt; in: Der Spiegel, 27(2000), [<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-16810637.html>]). In einem Bericht über den in einer Wilhelmsburger Schule von einem Kampfhund tödlich verletzten Jungen Volkan reihen sich die Stereotype der Abwärtsspirale eindrucksvoll hintereinander. Zum bundesrepublikanischen Problemvierteldiskurs Ende der 1990er / Anfang der 2000er Jahre vgl. Stephan Lanz, Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft, Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 78 (2000), S. 39–51.

tätspolitik haben für die Lebensbedingungen im Stadtteil auch bis in die Gegenwart negative Auswirkungen. In den 1990er und 2000er Jahren führten die Fragmentierung der betrieblichen Strukturen und die Prekarisierung großer Teile der Beschäftigten zu einer weiteren Zuspitzung der Einkommenspolarisierung. Wilhelmsburg war und ist einer der ärmsten Stadtteile Hamburgs.

Trotzdem gelang es der IBA nach einiger Zeit relativ gut, andere Repräsentationen an die Stelle des Problemvierteldiskurses zu setzen. Dies geschah freilich zum Preis einer weitgehenden Dethematisierung sozialer Konflikte beziehungsweise als deren kulturalistische Reartikulation. Einerseits war da die etwas kautzige, lebenswerte, buntgemischte Insel, deren Bevölkerungszusammensetzung zwar nicht sonderlich hip war – aber verbrämt als „Kosmopolis“ ließ sich die Realität der Migrationsgesellschaft doch gewinnbringend einhegen.¹⁸ Andererseits zog sich durch die zahlreichen Veröffentlichungen der IBA ein quasikolonialistischer Blick auf die „Elbinsel“ als „weißer Fleck“ auf dem Stadtplan Hamburgs, den es nur zu „entdecken“ gelte. Während in den Stadtteilen der westlichen inneren Stadt, die sich Anfang der 1970er Jahre in einer ähnlichen Situation befanden,¹⁹ mittlerweile der Übergang zur Hypergentrifizierung anstand, schien Wilhelmsburg zur Jahrtausendwende eine aus der Zeit gefallene Insel zu sein. Dies wirkte auf Kunst- und Kulturschaffende, Stadtforscher_innen, ein eher subkulturell orientier-

¹⁸ Vgl. zur Strategie der IBA, das „Problemviertel“ in einen Potenzialraum umzu-
deuten, und zu deren Auswirkungen auf Stadtentwicklungspolitik und Wohnver-
hältnisse auch Florian Hohenstatt / Moritz Florian, *Festivalisierte Problembearbei-
tung. Die bevölkerungspolitische Strategie der IBA Hamburg, die Abwesenheit
sozialer Arbeit in Stadtentwicklungspolitik und die Effekte auf Wohnverhältnisse
in Wilhelmsburg, Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-,
Gesundheits- und Sozialbereich*, 127 (2013), S. 23–38; zu den Resultaten siehe auch
Peter Birke, *Radikaler Umbau. Die Internationale Bauausstellung in Hamburg-Wil-
helmsburg als Labor der neoliberalen Stadtentwicklung, emanzipation*, 3 (2013),
S. 98–109.

¹⁹ Zu den Funktions- und Flächensanierungsplanungen der 1960er und 1970er
Jahre vgl. Michael Grüttner, *Wem die Stadt gehört. Stadtplanung und Stadtentwick-
lung in Hamburg 1965–1975*, Hamburg 1976.

tes studentisches Milieu und eine ökologisch orientierte Mittelschicht äußerst anziehend, und die Rezeption der Thesen über die „kreative Klasse“ in der schwarz-grünen Stadtregierung seit 2008 verstärkte und strukturierte dieses Interesse.²⁰ Zugleich waren die Mieten bis Mitte der 2000er Jahre noch wesentlich günstiger als in den innenstadtnahen Wohngebieten. Der Stadtteil bot so auch weiterhin (Community-)Infrastrukturen für Leute, die mit Diskriminierungen auf dem dortigen Wohnungsmarkt zu kämpfen hatten – und Nischen verminderter ordnungsrechtlicher Kontrolle. Es waren vor allem die gründerzeitlich oder durch den Wohnungsbau der 1920er und 1930er Jahre geprägten Gebiete im Nordwesten des Stadtteils, in denen sich nach und nach eine neue Klientel ansiedelte – massiv und gezielt unterstützt durch den Senat, der schon im Jahr 2004 ein Subventionsprogramm für studentisches Wohnen im dortigen Reiherstiegviertel aufgelegt hatte.

Akteur_innen der lokalen Stadtpolitik

Und so ließ sich auch hier beobachten, was in der internationalen Forschungsdebatte als „vierte Welle der Gentrifizierung“ (Lees / Slater / Wyly) diskutiert wird. Zur staatlichen Strategie geworden, fallen deren stadtforscherisch sonst gerne fein voneinander abgegrenzten Phasen nunmehr ineinander – und auch die sozialen Figuren, die diese Phasen bestimmen, wie „Pioniere“ oder „Gentrifizierer“, treten gleichzeitig auf den Plan. Im Stadtteil trafen so von Beginn des Sprungs über die Elbe an Kreativ-Unternehmer_innen auf Hausprojekte und linksradikale Infoläden. Der sozialforscherische Anspruch, den sich zahlreiche IBA-Projekte auf die Fahne schrieben, macht diesen Zeitraffer geradezu zur stadtpoliti-

²⁰ Wie sich die Rezeption der Thesen Richard Floridas auf die Hamburger Stadtpolitik auswirkte, lässt sich anhand eines Gutachtens demonstrieren, in dem die Planer_innen der Verteilung „kreativer Milieus“ nachgehen, die durch die Maßnahmen der Stadtentwicklungspolitik zunehmend in Räume gedrängt werden, die eher als peripher gelabelt sind. FHH, Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg, 2010, [<https://www.hamburg.de/contentblob/2052460/data/gutachten-kreative-milieus.pdf>].

schen Konzeption (die IBA nannte es „Ausnahmезustand auf Zeit“). Dabei war „Partizipation“ eines der Marketing-Buzzwords, das die Planer_innen der IBA gebetsmühlenartig wiederholten – das aber kaum überdecken konnte, dass mit Beginn der Festivalpolitik und Imageproduktion die Mieten im Stadtteil flächendeckend anstiegen, die Bevölkerung zunahm, der Wohnraum dadurch immer knapper wurde und Verdrängungsprozesse von den beliebteren in die als weniger attraktiv geltenden Wohnungsbestände einsetzten.²¹

Auf die Konflikte, die auf dieser Grundlage entstanden sind, reagierten die stadtpolitischen Initiativen vor Ort unterschiedlich, teilweise auch gegensätzlich. Seit den 1980er Jahren waren auch in Wilhelmsburg einige Bürgerinitiativen entstanden, die ihren Schwerpunkt vor allem in der Thematisierung ökologischer Fragen hatten (Protest gegen den Bau einer Müllverbrennungsanlage, Initiativen gegen die wachsende Belastung durch Hafenverkehr und -logistik). Hinzu kam der Protest gegen eine geplante neue Autobahn, die zunächst nördlich angrenzend an das Reiherstiegviertel geplant wurde, um dann später in den Wilhelmsburger Süden verlegt zu werden. Weil eine wie auch immer verstandene „Aufwertung“ im krassen Gegensatz zu diesen Entwicklungen stand, hofften sich Teile der Initiativenlandschaft positive Effekte durch die IBA.

Dies galt auch für den Bereich der Sozial- und Bildungspolitik. Die Planer_innen der IBA griffen hier einige Forderungen – beispielsweise nach besserer Bildungsinfrastruktur – auf und bezogen sich hinsichtlich der Kritik am „schlechten Image“ Wilhelmsburgs zentral auf ein „Weißbuch“, das Bürgerinitiativen gemeinsam mit der Stadtverwaltung auf dem Höhepunkt des Problemvierteldiskurses 2002 zur „Zukunft der Elbinsel“ verabschiedet hatten.²² In dieser

²¹ Vgl. Florian Hohenstatt / Moritz Rinn, Auseinandersetzungen um Wohnverhältnisse in Wilhelmsburg in Zeiten der IBA, in: AKU, Unternehmen (wie Anm. 6).

²² Zukunftskonferenz Wilhelmsburg, Wilhelmsburg. Insel im Fluss – Brücken in die Zukunft. Weißbuch, Hamburg 2002, [<http://zukunft-elbinsel.de/wp-content/uploads/2013/08/weissbuch.pdf>].

Konstellation gründete sich 2006 der Arbeitskreis Umstrukturierung, um der damals vor Ort kaum angefochtenen medialen Dominanz der IBA kritische Positionen entgegenzusetzen. Im Laufe seines Bestehens arbeiteten zehn bis zwanzig Menschen im Alter von Mitte 20 bis Mitte 60 zusammen, die überwiegend in der ersten Hälfte der 2000er Jahre nach Wilhelmsburg gezogen waren.²³

In den Aktivitäten gegen Mieterhöhungen und Naturzerstörung durch Bauausstellung und Gartenschau kam es zur Zusammenarbeit mit recht unterschiedlichen Gruppen im Stadtteil. In der Mietenfrage waren dies etwa eine lokale Kirchengemeinde, der Verein „Mieter helfen Mietern“ und eine Sozialberatungsstelle, die sich zur „Arbeitsgruppe Wohnen“ zusammengeschlossen hatten. Bezüglich der IBA kooperierte der AKU mit lokalen Künstler_innen sowie Gruppen, die eher dem autonomen Spektrum zuzuordnen sind. Ein entscheidender stadtweiter Bezugspunkt wurden dann nach 2009 wie erwähnt die oppositionellen stadtpolitischen Netzwerke der Recht-auf-Stadt-Gruppen, in denen eine grundsätzliche Kritik an der unternehmerischen Stadtpolitik im Mittelpunkt stand. Alle drei Aspekte ließen sich leicht auf die Wilhelmsburger Situation beziehen, wobei es zugleich möglich wurde, die soziale Situation in einem in Veränderung begriffenen, aber zuvor auch in der Hamburger Linken kaum wahrgenommenen Stadtteil innerhalb des Recht-auf-Stadt-Netzwerkes zum Sprechen zu bringen.

3. Konflikte um Mieten und Wohnen

Der AKU war, wie schon erwähnt, kein professioneller und schon gar kein staatlich finanzierter Forschungszusammenhang. Das bedeutet, dass es hier einerseits eine recht hohe Flexibilität in der Wahl der sozialen Orte und Themen gab, die „angefasst“ wurden, andererseits eine dauernde Unterlegenheit, was die vorhandenen Ressourcen betraf. Dies betrifft auch die von uns begleiteten Konflikte um die lokale Wohnungspolitik. Sie fielen uns sozusagen zu –

²³ Vgl. ausführlich AKU, Unternehmen (wie Anm. 6), S. 7 ff.

und wir traten dort in ganz unterschiedlichen Rollen auf: als unmittelbar Betroffene, Berater_innen, Mieter_innen, auch als politische Aktivist_innen, und bezogen auf die öffentliche Wahrnehmung manchmal auch als „Expert_innen“. Typisch für diese Konflikte ist im Nachhinein, dass sie nicht dort verortet waren, wo sich der wahrnehmbarste Knotenpunkt des Gentrifizierungsprozesses befand – im südlichen Reiherstiegviertel. Dort kamen wir, mit Ausnahme sporadischer Konflikte um Mieterhöhungen und einer gewissen (schwachen und stark individualisierten) Beratungsfunktion, nie über eine eher symbolische „Kampagnenpolitik“ hinaus (mehr dazu in Abschnitt 4).

Der Konflikt an der Weimarer Straße

Der erste mit der Gründung einer lokalen Mieter_inneninitiative verbundene Konflikt fand im südlichen Reiherstiegviertel statt, einer durch den NS-Massenwohnungsbau der 1930er und 1940er Jahre geprägten Gegend. Hier stand ab 2005 die Sanierung von etwa 800, durch schlechte Wohnbedingungen und sehr niedrige Mieten geprägten Kleinwohnungen an. Was die städtische Wohnungsbau-gesellschaft SAGA GWG als Eigentümerin und die IBA als Projektpartnerin schließlich „Weltquartier“ nannten, war ein Gebiet mit einem außerordentlich hohen Anteil von Bezieher_innen von Lohnersatzleistungen. Gleichzeitig existierte dort ein relativ hohes Maß an informeller Selbstorganisation, ablesbar etwa an den „wilden“ Gärten vor den Häusern, die eigentlich nicht auf angemieteten Flächen lagen, aber durch den Vermieter faktisch hingenommen wurden.

Die Neuordnung und Umstrukturierung des Quartiers an der Weimarer Straße begann, als die SAGA GWG einen ersten Wohnblock sanierte. Hierbei ignorierte sie zahlreiche Vorgaben der existierenden Mietgesetzgebung. Entgegen der üblichen Vorstellung von einer grundlegend mangelnden Handlungsfähigkeit der Betroffenen waren diese durchaus in der Lage, sich nach einer kurzen Zeit der Lähmung und Empörung über ihre rechtlichen Möglichkeiten

zu informieren. Sie begannen, sich gegen die SAGA-Maßnahmen zu wehren, und eine Mieter_innen-Initiative entstand. Erste Erfolge in Form von Konzessionen der Vermieterin sprachen sich sehr schnell herum. Hauptgegenstand der Initiative war die Information über die mietrechtlichen Ansprüche, die durch eine Reihe von kollektiven Beratungsterminen der Anwälte des Vereins „Mieter helfen Mietern“ vermittelt wurden.

Der zweite Schritt der SAGA GWG war dann eine grundlegende Umstrukturierung des Quartiers. In Zusammenarbeit mit der IBA wurde der Kleinwohnungsbestand reduziert; es wurden weniger Wohnungen mit jeweils größerer Wohnfläche geschaffen. Da dies für einen großen Teil der Betroffenen zugleich mit einer massiven Mietsteigerung nach dem Wiedereinzug (von circa 4,00 auf etwa 5,60 Euro pro m²) verbunden war, kam es trotz aufwändiger Reklame zu einer großen Unzufriedenheit bei den Betroffenen. Durch die Verweigerung gegenüber den zustimmungspflichtigen Umstrukturierungen erreichten die Bewohner_innen die Verzögerung des Bauprozesses und vergleichsweise günstige Bedingungen wie Abfindungszahlungen, die Finanzierung von Umzügen sowie relativ nahe gelegene Ersatzwohnungen. Dennoch gelang der SAGA GWG nach und nach die Räumung des Wohnungsbestandes. Nach nunmehr etwas mehr als sechs Jahren sind die Baumaßnahmen fast abgeschlossen, und die SAGA GWG gibt die Auskunft, dass lediglich etwa vierzig Prozent der Altmietler_innen in neu sanierte Wohnungen zurückgekommen seien.²⁴

Unsere Rolle im Konflikt um die Weimarer Straße war zunächst vor allem dadurch geprägt, dass etwa die Hälfte der damals im AKU Aktiven in einem Wohnprojekt wohnten, das Anfang 2005

²⁴ Auf der Internetpräsenz der IBA Hamburg GmbH werden genauere Zahlen über in das Quartier zurückkehrende Mieter_innen vermieden, wohl auch, weil im Vorfeld damit geworben wurde, dass alle Mieter_innen die Möglichkeit bekommen sollten, in das Quartier zurückzuziehen. Ausweichend wird dort berichtet, dass 80 Prozent der Mieter_innen wieder im „Weltquartier“ wohnen oder auf der „Elbinsel“ geblieben sind (vgl. [<http://www.iba-hamburg.de/projekte/weltquartier/projekt/weltquartier.html>]).

ein Haus inmitten dieses Quartiers gefunden hatte. Wir sorgten dann einerseits – sehr intuitiv – für den Kontakt zu der Mieter_innenberatung „Mieter helfen Mietern“, trugen zur Organisation der Treffen bei, klingelten bei vielen Nachbar_innen und sprachen mit ihnen über die anstehenden Veränderungen, waren selbst später auch beratend aktiv und sorgten für die Kontakte zur Presse. Eine wichtige Erfahrung, die wir bei dieser Gelegenheit gemacht haben, war vor allem auf das Resultat bezogen: Die Proteste fanden nur schwer öffentliche Resonanz. Sie waren auch gegenüber dem Konflikt um die Gentrifizierung des Reiherstiegviertels schwer zu artikulieren, weil die soziale Zusammensetzung des Quartiers und der bauliche Zustand der Wohnungen als „Extremfall“ galten und der voranschreitende Prozess der „Aufwertung“ in den bereits seit langem existierenden lokalen Initiativen – mit Ausnahme des eben erst entstandenen und noch nicht wirklich etablierten AKU – eher begrüßt wurde. Mit den Baumaßnahmen und dem Wegzug der Mieter_innen verschwanden dann schließlich auch Treffen und Proteste. Immerhin haben aber die betroffenen Mieterinnen und Mieter „diskret“ und auch ohne große Presseresonanz viele ihrer Forderungen de facto durchgesetzt. Gleichzeitig ist der Konflikt in gewisser Weise noch nicht beendet, denn in den nächsten Jahren werden tausende gleichartiger Wohnung der SAGA GWG in den umgebenen Quartieren (vermutlich) einem ganz ähnlichen Umstrukturierungsprozess ausgesetzt werden.

Der Konflikt im Bahnhofs- und im Korallusviertel

Die Voraussetzungen der Konflikte, die wir etwa ab Mitte / Ende des Jahres 2010 im Bahnhofs- und im Korallusviertel begleitet haben, waren grundlegend andere. Die Mieter_innen dieser beiden unmittelbar am Wilhelmsburger S-Bahnhof und dem IBA-Ausstellungsgelände gelegenen Quartiere protestierten nicht gegen eine bevorstehende Sanierung, von der sie eine Verdrängung befürchten mussten. Gegenstand waren vielmehr unerträgliche Wohnbedingungen wie Schimmel und Ungeziefer in den Wohnungen, brö-

ckelnde Fassaden, kaputte oder sogar abstürzende Aufzüge und einsturzgefährdete Balkons. All dies hinderte die relativ neue Eigentümerin, die den ursprünglich zu einer Eisenbahngenossenschaft gehörenden Bestand 2005 übernommen hatte, nicht daran, Mieterhöhungen vorzunehmen und Nebenkosten abzurechnen, die die Grenzen des rechtlich Möglichen ausreizten. Die etwa 1.400 Wohnungen waren im Besitz des Luxemburgischen Konzerns GAGFAH, dessen Hauptanteilseignerin damals der international berühmte Immobilien-Hedgefonds Fortress war. Ähnlich wie im Fall des „Weltquartiers“ existierte (trotz bereits stattfindender Protestaktionen wie Unterschriftensammlungen der Bewohner_innen) zunächst fast keine öffentliche Aufmerksamkeit für die Situation im Bahnhofs- und im Korallusviertel. Das einzige Wohnungsbauvorhaben, das IBA-Rang hätte erhalten können, verschwand von der Bildfläche und der IBA-Webseite, nachdem es nichts als Kahlschlag, den Abriss eines Parkhauses und eine matschige Brache hinterlassen hatte.

Versuche, auf die Situation der dortigen Mieter_innen – die sich auf vielfältige Weise gegen ihre Vermieterin zur Wehr setzten – aufmerksam zu machen, gingen von der Pastorin einer Kirchengemeinde und von Mitarbeiterinnen der lokalen Sozialberatungsstelle *verikom* aus. Gemeinsam mit „Mieter helfen Mietern“ wurden kollektive Mieter_innenberatungen organisiert, an denen auch Leute aus dem AKU teilnahmen. Daraus formierte sich die bereits erwähnte AG Wohnen Wilhelmsburg. Es folgte eine öffentliche Veranstaltung im Wilhelmsburger Bürgerhaus, zu der Vertreter_innen der GAGFAH, der IBA, der Bezirkspolitik und der SAGA GWG eingeladen wurden. Zu dieser Veranstaltung kamen an die hundert Mieter_innen, und es entwickelte sich eine Dynamik, die das Maß der Wut und Entrüstung in den beiden Vierteln eindrucksvoll sichtbar machte, während sich die Vertreter städtischer Institutionen hilflos gaben und der GAGFAH-Mitarbeiter offen eine rein aktionsorientierte Bewirtschaftung der Wohnungsbestände verteidigte.

Unsere Motivation, in den Konflikt der Mieter_innen im Bahnhofs- und im Korallusviertel mit der GAGFAH einzusteigen, hatte mehrere Dimensionen. Einmal ging es darum, den IBA-Diskursen über den Stadtteil andere Repräsentationen entgegenzusetzen. Wir wollten gerade solche bestehenden sozialen Konflikte sichtbar machen, die nicht im Scheinwerferlicht der IBA standen. Diese Position hatte auch eine auf andere Wilhelmsburger und Hamburger Initiativen gerichtete Dimension, die sich nicht auf Konflikte wie im Bahnhofs- und im Korallusviertel bezogen. Zugleich wollten wir die Rolle der Stadtperipherie als gesamtstädtischen Konflikt thematisieren, und dies gerade nicht in Form von sonst eher üblichen Kampagnen, sondern als Unterstützung alltäglicher Widerstände.²⁵ Dies bedeutete, uns auf den GAGFAH-Konflikt zunächst einmal einzulassen, mit Bewohner_innen ins Gespräch zu kommen und herauszufinden, ob es gemeinsame Perspektiven in der Auseinandersetzung mit der GAGFAH und der Stadtpolitik geben könnte. Keineswegs ging es also darum, ein zuvor entwickeltes politisches Konzept oder Programm an die Mieter_innen heranzutragen, Ausgangspunkt war vielmehr der im Viertel selbst artikulierte Konflikt.

Anders als im „Weltquartier“ lebte niemand von uns im Stadtteil, und auch unsere Bündnispartner waren professionelle Träger der Sozialarbeit oder der Seelsorge. In der AG Wohnen waren wir uns darüber einig, dass es vor allem darum gehen würde, die Mieter_innen dabei zu unterstützen, ihre Forderungen sichtbar zu machen und in eigener Sache zu sprechen. Gerade die Heterogenität der jeweiligen Ansätze verstanden wir als Stärke – als AKU legten wir jedoch Wert darauf, dass wir als aktivistische Gruppe anders agieren konnten als diejenigen, die gleichzeitig Träger sozialer Arbeit sind.

²⁵ Damit waren wir in der Hamburger Initiativenlandschaft selbstverständlich nicht allein. Parallel zu unseren Versuchen gab es beispielsweise aus dem Recht-auf-Stadt-Spektrum ganz ähnliche Versuche – Experimente mit stadtweiten SAGA-Mieter_innenversammlungen durch die AG Mieten oder Community-Organizing-Versuche der Altonaer Plattform gegen Verdrängung, die sich an den (verlorenen) IKEA-Konflikt anschlossen; vgl. auch Füllner / Templin, Stadtplanung (wie Anm. 2).

Jedoch war es auch nach den ersten Veranstaltungen nicht immer einfach, einen kontinuierlichen Kontakt herzustellen, der diese Ansprüche zu tragen vermochte. Mangels zentraler Einrichtungen oder Plätze besuchten wir zunächst die lokale Moschee, um zu erfragen, was ein guter Zeitpunkt und Ort sein könnte, um mit den Mieter_innen ins Gespräch zu kommen. Dort wurde unser Vorhaben sehr positiv aufgenommen und uns ein Samstag nach Ende des Mittagsgebets in der Moschee empfohlen. Angekündigt durch Plakate haben wir uns dann an einem eiskalten Februarsamstag mit einem Tisch und Stühlen, Tee, Kaffee, Keksen auf eine Wiese zwischen den Wohnhochhäusern im Korallusviertel begeben – und zu unserer Überraschung kamen in den nächsten Stunden rund hundert Mieter_innen vorbei. Die ersten warteten schon auf uns, als wir noch aufgebaut haben, darunter viele, die auch schon bei den Mieter_innenversammlungen gewesen waren. Der Großteil wohnte in den am stärksten heruntergewirtschafteten Wohnblöcken. Die meisten von ihnen beziehungsweise ihre Familien waren als „Gastarbeiter_innen“ (vor allem aus der Türkei) nach Deutschland gekommen. Viele wohnten schon jahrzehntelang im Viertel, waren dementsprechend gut untereinander vernetzt und hatten einen starken Bezug zu diesem Ort. Diese Gruppe blieb es auch, die für uns in dem Konflikt mit der GAGFAH am besten zu erreichen war.

Die Geschichten, die wir über das Wohnen bei der GAGFAH zu hören bekamen, hatten es in sich. Deutlich wurde, dass neben dem bereits erwähnten miserablen, gesundheitsgefährdenden Zustand der Wohnungen und Häuser der respektlose, diskriminierende Umgang der GAGFAH-Mitarbeiter_innen mit Mängelanzeigen und Beschwerden eine große Rolle spielte. Es war die Erfahrung, als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt zu werden. Niemand zeigte sich verantwortlich für die skandalösen Zustände im Bahnhof- und im Korallusviertel – weder die Hauseigentümerin noch die Stadtpolitik. Viele bezogen die Lebenssituation im Bahnhof- und im Korallusviertel dann auch direkt auf die großen städtebauli-

chen Projekte in den angrenzenden Stadtvierteln. Während überall in Wilhelmsburg aufgewertet und „verschönert“ wurde, hatte sich ihre Wohnsituation spätestens seit dem Verkauf der Häuser an den Hedgefonds-gesteuerten Immobilienkonzern kontinuierlich verschlechtert. Die GAGFAH hatte nach ihrer Privatisierung Mitte der 2000er Jahre begonnen, bundesweit im großen Stil ehemals öffentliche oder genossenschaftliche Wohnungen aufzukaufen und diese systematisch, buchstäblich bis zur Unbewohnbarkeit zu verwerten. Die GAGFAH-Strategie war relativ einfach: Instandhaltungsausgaben radikal kürzen (auf etwa die Hälfte der branchenüblichen Kosten), Verwaltungs- und Personalausgaben auf Kosten des Mieter_innenservice einsparen, Mieter_innen, die sich mietrechtlich wehrten und etwa bei nicht behobenen Mängeln Mietzahlungen einbehielten, durch Kündigungen und Mahnschreiben sofort unter Druck setzen. Wie wir in den folgenden Wochen erfuhren, hatten viele Mieter_innen gegen dieses „Bewirtschaftungs“-System bereits auf zahlreichen Wegen Widerstand geleistet. Die meisten beschwerten sich kontinuierlich beim Hauswart oder in der GAGFAH-Zentrale. Da dies selten mit Erfolg behaftet war, versuchten sie, so gut als möglich beispielsweise Schimmelbefall selbst zu beseitigen. Einige ließen sich nicht abschrecken und hatten – oft mit anwaltlicher Hilfe und mit unterschiedlichem Ausgang – Prozesse gegen die GAGFAH geführt. Die bereits erwähnte Unterschriftensammlung war in Hausaufgängen und in der Nachbarschaft durchgeführt und zur Deutschlandzentrale der GAGFAH gebracht worden, allerdings ohne Resonanz.

Es hatte zu diesem Zeitpunkt schon durch die AG Wohnen vermittelte Kontakte zu Presse und Fernsehsendern gegeben. Eine mediale Resonanz auf das Thema des „Gruselvermieters“ und des „verwahrlosten Stadtteils“ entstand außerdem auch ganz unabhängig von der lokalen Situation durch Mieter_innenproteste gegen die GAGFAH im Ruhrgebiet sowie angesichts von Regressforderungen der Stadt Dresden an den Konzern, der die dortigen ehemals kommunalen Wohnungsbestände nicht vereinbarungsgemäß pfleg-

te und verwaltete. Eine skandalisierende Berichterstattung brachte dann zwar Aufmerksamkeit für den sonst wenig beachteten Konflikt, aber eben auch oftmals die heruntergewirtschafteten Wohnhäuser und Straßenzüge mit einer behaupteten „sozialen Verwahrlosung“ der Bewohner_innen in eine direkte Verbindung, was die Diskriminierung sozusagen verdoppelte. Im Gegensatz dazu hatten wir aus unseren Gesprächen mitgenommen, dass der Satz „Da will doch niemand freiwillig wohnen“ einfach nicht stimmte – viele wohnten eigentlich gern im Viertel und wollten dort bleiben, nur eben unter besseren Wohnbedingungen.

Aus den Gesprächen mit den Mieter_innen entstand schließlich die Idee, mit einem angemieteten Bus zur Hamburger GAGFAH-Zentrale zu fahren und dort eine öffentliche Pressekonferenz zu veranstalten. Die Vorbereitung – Pressearbeit, Aushänge im Viertel und technische Organisation – übernahm die AG Wohnen allerdings allein. Von der sehr erfolgreichen und medial breit wahrgenommenen Aktion waren dann wohl alle – die AG Wohnen wie die Mieter_innen – überrascht.²⁶ Jedenfalls waren danach die Hamburger Zeitungen für eine kurze Zeit voll von Konflikten um das Wohnen bei der GAGFAH. Nach dieser Aktion schien es zunächst so, als könnte sich unsere Zusammenarbeit mit Mieter_innen nun verstetigen. Einzelne drängten darauf, als nächstes eine Demonstration im Stadtteil zu organisieren, damit möglichst alle Bewohner_innen teilnehmen könnten. Hier zeigte sich, dass der Konflikt mittlerweile auch bei anderen stadtteilpolitischen Initiativen registriert wurde. Es beteiligten sich neben Anwohner_innen nicht nur Wilhelmsburger Gruppen, sondern auch Leute aus dem Recht-auf-Stadt-Netzwerk an der Demonstration.

Die gerade im Vergleich zur Erfahrung an der Weimarer Straße „systematischen“ Organisierungsbemühungen hatten dennoch nur mäßigen Erfolg. Nun trafen sich eine Handvoll „Aktivist_innen“ mit einigen „Mieter_innen“, die bereit waren, sich auf eine Form

²⁶ Vgl. die Videodokumentation von leftvision: [<https://www.youtube.com/watch?v=a3WpkB2A6pA>].

der Konfliktaustragung einzulassen, die letztlich doch durch die Aktivist_innen geprägt blieb. Der große Rest der Mieter_innen führte den Konflikt mit ihrer Vermieterin weiter auf eigene Weise, ob individuell oder mit anderen zusammen, aber nicht als Teil eines Netzwerkes, das eine stadtpolitische Agenda verfolgte. Wir nahmen dies allerdings nicht als Scheitern wahr, da wir immer eher stark gemacht hatten, dass die Leute sich eben auf ihre Weise gegen die GAGFAH wehren. Es folgte der Versuch einer Unterstützung der Proteste auf der Grundlage von Rechtsberatung, die zum Beispiel Mietminderungen ermöglichen sollte. Die AG Wohnen veranstaltete eine weitere, gut besuchte kollektive Mieter_innenberatung, „Mieter helfen Mietern“ bot zudem mittlerweile vor Ort regelmäßige Sprechzeiten an. Die relativ hohen Hürden einer solchen juristischen Form des Widerstands haben wohl mit dazu beigetragen, dass nicht viele Mieter_innen diesen Weg gewählt haben.²⁷ Hinzu kam, dass weder bei der GAGFAH noch beim zuständigen Bezirk irgendwelche substanziellen Reaktionen auf die Proteste zu beobachten waren. Die zuständige Senatorin sprach dem Konflikt sogar eine politische Dimension ab. Die Mieter_innen müssten sich individuell gegen die GAGFAH wehren, die Politik habe nun mal keine Handhabe. In dieser Situation entschied die AG Wohnen, die Wohnverhältnisse im Bahnhofs- und im Korallusviertel und auch die Widerstandsstrategien der Bewohner_innen systematisch zu dokumentieren, auch um damit die öffentliche Debatte wieder anzufachen. Dabei waren wir zu diesem Zeitpunkt – im Frühjahr 2012, etwa ein Jahr nach den ersten Aktionen – zu der Ansicht gelangt, dass wir gezielt die politisch Verantwortlichen angehen müssen, um die GAGFAH wirksam unter Druck zu setzen.

An dieser Stelle nahmen die Aktivitäten der AG Wohnen tatsächlich die Form einer Untersuchung im engeren Sinne an. In Zweier- oder Dreiergruppen, die wenn möglich mit mehr-, mindes-

²⁷ Dazu zählt vorrangig die Notwendigkeit der Mitgliedschaft im Mieterverein, die Voraussetzung für eine Vertretung ist, die über eine erste Sprechstunde hinaus geht.

tens aber türkischsprachigen Leuten besetzt waren, liefen wir eine Woche durch die beiden Wohngebiete. Wir sprachen mit Mieter_innen in 144 Wohnungen, was etwa zehn Prozent des Wohnungsbestandes ausmacht. Wir hörten von lebensgefährlichen Fahrstühlen, sahen seit mehreren Jahren durchfeuchtete Außenwände, nie richtig behobene Wasserschäden, einsturzgefährdete Balkone oder ganze einsturzgefährdete Häuser – aber auch in Eigenarbeit vollständig wärmegeämmte Wohnungen und selbst gestrichene Treppenhäuser. Wir hörten vom alltäglichen Kampf gegen den Schimmel und von robusten, aber durchaus erfolgreichen Auseinandersetzungen mit den Hauswarten und der GAGFAH. Auf einem Treffen mit Mieter_innen wurde dann gemeinsam eine Pressekonferenz vor der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vorbereitet, auf der die Forderungen der Mieter_innen in Form einer Unterschriftenliste und die Dokumentation unserer Begehung übergeben wurden.²⁸ Diese Aktion haben wir wohl am intensivsten gemeinsam mit Mieter_innen geplant und vorbereitet. Die Formulierung des Aufruf- und Einladungstextes hatte zum ersten Mal ein Mieter verfasst, auf dem Treffen wurde vor allem Türkisch gesprochen, die AG Wohnen übernahm weitgehend nur die „technischen“ Organisationspunkte und die Kommunikation mit der deutschsprachigen Presse – die Kontakte zu den türkischsprachigen Medien hatten auch schon zuvor Mieter_innen übernommen. Jedoch mussten wir feststellen, dass die öffentliche Resonanz nicht mehr so groß war wie noch im Jahr zuvor. Auch kamen wesentlich weniger Mieter_innen zur Pressekonferenz.

Im Rückblick auf die massiven Konflikte um die Situation im Bahnhofs- und im Korallusviertel wird, den eingangs gemachten Bekenntnissen zu einer nicht-repräsentativen Politik zum Trotz, auch ein Spannungsfeld sichtbar: das zwischen dem Sprechen der

²⁸ AG Wohnen Wilhelmsburg, Immer Ärger mit der GAGFAH! Eine Dokumentation über die Zustände im Bahnhofs- und Korallusviertel in Wilhelmsburg, [http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/files/2012/10/immer_aerger_mit_der_gagfah.pdf].

Aktivist_innen oder Sozialarbeiterinnen und dem (nicht) Gehört werden, aber auch (medial) Repräsentiert werden der unmittelbar Betroffenen. Mit unserem Eingreifen in den Konflikt und dem tragenden Motto „Zwischen Hochglanz und Schimmel“ haben wir tatsächlich eine Achillesferse der von oben betriebenen Stadtumstrukturierung durch die IBA getroffen: Was passiert mit den auf den ersten Blick kaum in die Logik der „Aufwertung“ einzuspielenden Stadträumen, die „am Rand“ oder „neben“ den für die Imagepflege gut geeigneten Altbaubeständen aus der Gründerzeit existieren – gerade dann, wenn auch die dortigen Bewohner_innen lautstark ein gutes Leben fordern und einen Konflikt artikulieren? Die Grenze der Strategie, im IBA-Projekt nicht repräsentierte Stadträume sichtbar zu machen und damit die sozial polarisierende Hamburger Stadtpolitik insgesamt zu problematisieren, fällt allerdings mit den relativ begrenzten Resultaten der lokalen Selbstorganisation zusammen. Möglichkeiten, derartige Konflikte weiter zuzuspitzen, bleiben an Ansätze gebunden, in denen die Selbstrepräsentation der betroffenen Mieter_innen möglich wird. Auf der Grundlage der wenigen vorhandenen Ressourcen ist uns dies nur sporadisch gelungen.

Dennoch, die mediale Resonanz war zwischenzeitlich enorm. Gerade die größte bürgerliche Tageszeitung, das *Hamburger Abendblatt*, zeichnete zum Teil ein sehr kämpferisches Bild der Mieter_innen im Viertel. Die politisch Verantwortlichen waren teils durchaus aufgeschreckt – und reagierten auf ihre spezifisch staatliche Weise: Es begannen nichtöffentliche Verhandlungen mit der GAGFAH über mögliche staatliche Sanierungszuschüsse und entsprechende Gegenleistungen, die vollkommen intransparent verliefen. Zuletzt kündigte die GAGFAH an, in Hamburg zehn Millionen Euro in ihre Bestände zu investieren. Von dieser Maßnahme wären auch die Bestände im Bahnhofs- und im Korallusviertel betroffen. Wie sich diese Investitionen auswirken werden, bleibt ge-

nau zu beobachten.²⁹ Es ist zu befürchten, dass die im Bahnhofsviertel durchaus vorhandenen Altbaubestände in einer Form saniert werden, die ein Verbleiben eines großen Teils der Mieter_innen unmöglich macht, während die Hochhausbebauung im Korallusviertel der Ort für den Rest bleibt. Auch aus dieser Sicht ist der Konflikt noch offen, und er folgt einer Zeitstruktur, die sich kaum im Rahmen einer vor allem „projektformigen“ Politik (wie letztlich auch der unseren) abbilden lässt.

4. Kritik des Stadtmarketings

Mit den Schriften und Broschüren, die von der IBA produziert wurden, lassen sich vermutlich einige Regalmeter füllen, ganz zu schweigen von Webpräsenz, Werbefilmen oder dem Einsatz künstlerischer Arbeit.³⁰ Um sich in diesem Publicity-Meer zu orientieren und (gegen-)öffentliche Interventionen vorzubereiten, war zunächst einmal eine Selbstverständigung nötig. Eine Voraussetzung hierfür war, IBA und igs in übergreifende stadtpolitische Entwicklungen und Strategien einzuordnen, die in Hamburg als Kritik an der „unternehmerischen Stadt“ diskutiert wurden und werden. Seit 2007 widmeten sich insgesamt drei vor allem im Stadtteil verteilte AKU-Broschüren der Kritik von IBA und igs. Eine vierte Broschüre dokumentierte dann Anfang 2012 unsere Befragung im Bahnhofsviertel und im Korallusviertel.³¹

Das Vorhaben, Kritiken sichtbar zu machen, die sonst ungehört geblieben wären, griff zugleich einen zweiten Aspekt auf, der gerade im Zusammenhang mit den geschilderten Mieter_innenkämpfen eine wichtige Rolle spielte: Menschen, die sonst nicht als „politische“ Subjekte wahrgenommen werden, ergriffen das Wort. Dieser Versuch, eine stärkere Aufmerksamkeit auf die in Hamburg nicht

²⁹ Mittlerweile ist die Deutsche Annington Eigentümerin der GAGFAH-Bestände.

³⁰ Vgl. Peter Birke, Himmelfahrtskommando. Kunst und Gentrifizierung in Wilhelmsburg, in: AKU, Unternehmen (wie Anm. 5), S. 71–82.

³¹ AG Wohnen, Korallusviertel (wie Anm. 28).

nur am Stadtrand, sondern auch dezentriert und verstreut liegenden städtischen Peripherien zu richten, war wie erwähnt auch an das Recht-auf-Stadt-Netzwerk gerichtet. In der Tat hat die Debatte über „Recht auf Stadt – für wen?“, verbunden mit einer netzwerk-internen Kritik an den Hierarchien der Sichtbarkeit und Artikulationsräume unterschiedlicher stadtpolitischer Initiativen, bis heute eine wichtige Bedeutung.

Suchprozesse

In der kritischen öffentlichen Auseinandersetzung mit IBA und igs experimentierten wir mit verschiedenen Formen von Veröffentlichungen und öffentlichen Performances, um die dem Gegenstand – aber auch der jeweiligen Zielgruppe – angemessene Aktionsform zu finden. In diesem Zusammenhang erhielten wir eine andere Aufmerksamkeit und wurden auf neue Arten angesprochen: Vor dem Hintergrund des regen Interesses an der Recht-auf-Stadt-Bewegung nach 2009 führte die Position, die wir mit der Veröffentlichung der Broschüren eingenommen hatten, im beforschten Raum Wilhelmsburg schnell zu Kontaktaufnahmen des universitären Betriebes. Insbesondere nach 2011 und noch verstärkt im Präsentationsjahr erreichten uns Dutzende von Anfragen von Forschenden, die Qualifizierungsarbeiten zu Wilhelmsburg und der IBA schrieben und denen es im Sinne der Ausgewogenheit auch um die Aufnahme von kritischen Stimmen in die eigenen Forschungsergebnisse ging. Während insgesamt die „großen“, universitär verankerten Forschungsprojekte in der Minderheit blieben, kam gefühlt eine ganze Generation von Studierenden der Stadtplanung, Soziologie, Geografie und sozialen Arbeit mit Forschungsabsichten in den Stadtteil. Plötzlich galten wir, obwohl zumindest die drei Autoren dieses Textes selbst im akademischen Betrieb tätig sind, auch als eine „interessante Population“. Wir konterten mit einem Rollenspiel und traten mal als „Expert_innen“, mal als „Aktivist_innen“ auf. Wir luden anerkannte Stadtforscher_innen, die mit der IBA keinen Umgang pflegen wollten, zu öffentlichen Diskussionsveran-

staltungen ein. Und schließlich spielten wir 2010 und 2011, als die IBA aufgrund des Drucks der öffentlichen Gentrifizierungsdebatte ein Gutachten zu sozialen Veränderungen („Strukturmonitoring“) in Auftrag gab, sogar die Rolle von „Gegengutachtern“, die mit einigem Recht und auch mit Erfolg die wissenschaftliche Qualität dieser Arbeiten in Frage stellten. Zugute kam uns dabei, dass die von dem betreffenden Subunternehmen ermittelten Daten unsere These, dass es im Stadtteil zu massiven Gentrifizierungsprozessen kommen würde, durchaus bestätigten, während sie von der IBA recht kreativ nach der eigenen Weltanschauung uminterpretiert wurden.

All dies spielte sich vor dem Hintergrund einer asymmetrischen öffentlichen Wahrnehmung der Planungen und Veränderungen in Wilhelmsburg ab, auf die wir bisher kaum Einfluss gewonnen hatten. Die Hamburger Tagespresse agierte bis auf wenige Ausnahmen wie eine verlängerte Pressestelle der IBA. Es dominierten Erfolgsmeldungen über „vorbildliche Sanierungs- und Beteiligungsverfahren“, technisch hochgerüstete Experimentalbauten und angebliche „Bildungsoffensiven“, die die Aufstiegschancen der Bewohner_innen verbessern würden. Über horrende Mietsteigerungen, Verdrängung, die sozialen Kosten der „modellhaften“ Sanierungsverfahren, beispielsweise im Weltquartier, und auch die weiterhin prekären Lebensverhältnisse vieler Bewohner_innen wurde eine Art rosa Wolke aus Erfolgsmeldungen und Verheißungen einer prosperierenden Zukunft gelegt.

Die Frage war also, wie der IBA in ihrem Präsentationsjahr medial wirklich etwas entgegengesetzt werden konnte. Um dies herauszufinden, experimentierten wir schließlich auch mit Formen, die im Scharnier zwischen medialisierter Politik und künstlerischer Arbeit liegen. Dies gilt insbesondere für Versuche mit „Subvertising“ – also der ironischen Umdeutung von Motiven aus der IBA-PR-Kampagne selbst. „Stilblüten aus Hochglanzbroschüren“ nannten wir eine szenische Lesung, die im Kern auf der Montage verschiedener Veröffentlichungen der IBA und der igs beruhte. Eine

besondere Aufmerksamkeit kam auch in dieser Aktionsform der Rolle der akademischen Wissensproduzent_innen zu, die sich in den IBA-Publikationen allzu häufig als mehr oder weniger unkritische Stichwortgeber_innen an der Vermarktung des Stadtteils beteiligten. In den Passagen unserer Figur „Dr. Schlau“ tauchten die Einlassungen verschiedener namhafter Vertreter_innen der Akademie auf, in denen sich in entsprechendem Ton die Verachtung gegenüber den in Wilhelmsburg lebenden Menschen ausdrückte. Die spezielle Situation schien es zu rechtfertigen, dass auch Vorschläge, die aus unserer Sicht zu Recht im Bereich des Unsagbaren angesiedelt waren, für Wilhelmsburg denk- und sagbar wurden. Eines der Zitate stammte von einem Hamburger Stadtforschungsprofessor, der sich in einem Interview für die Einrichtung eines neuen Niedriglohnsektors einsetzt, bei dem die Assoziation von „sweatshops“ sehr nahe liegt.³² Das Spiel mit den wörtlichen Zitaten war eine Form des Umgangs auch mit der Tatsache, dass solche Äußerungen in Wilhelmsburg trotz ihrer Brisanz eigentlich nie einen Skandal hervorriefen.

In den szenischen Lesungen, die in einem linken Buchladen, in einem Kulturzentrum oder im öffentlichen Raum des Ausstellungsgeländes stattfanden, konnte die diskursive Übermacht des Festivals auf eine andere Art und Weise konterkariert werden – in der Form einer „Unterwanderung“. Es ging uns darum, spielerisch Kritik zu vermitteln in einer Situation, in der die Argumente bereits ausgetauscht waren und die Rollen festgelegt schienen. Diese Form des Subvertisings war damit auch Teil einer Suchbewegung, in der wir angesichts ungleicher Ressourcenverteilung Lücken zu

³² „Wir haben in Hamburg sehr gute Modedesigner, aber es wird hier praktisch keine Kleidung produziert. Dabei gibt es tausende türkische Frauen oder auch Sinfrauen, die sehr gut nähen können. Wenn wir die Näherinnen absichern könnten auf einem Kostenniveau, das es ermöglicht, hier zu produzieren, das könnte eine enorme Dynamik entfalten. In Paris, Mailand und New York gibt es solche Näherinnen-Manufakturen mit tausenden Arbeitsplätzen, die eingebunden sind in kreative Distrikte, wo entworfen, produziert und vermarktet wird. Hier finanzieren wir die Arbeitslosigkeit.“ Interview mit Dieter Läßle, IBA Blick, 3 (2007), S. 3.

finden versuchten, die uns ein Agieren jenseits des Fahrplans, aber auf dem Terrain der Gegenseite ermöglichten.

Die Ausstellung

Während der beiden Ausstellungen sahen wir im Frühjahr und Sommer 2013 die Möglichkeit, Kritik und Widerstand besonders sichtbar zu machen. Die zu erwartende Stadtteilinszenierung versprach mit der verstärkten Anstrengung von IBA und Senatsbehörde, ihre Programme imagedräftig darzustellen, auch einen Wahrnehmungskorridor, den wir nutzen wollten. Einigkeit bestand darin, dass es im Ausstellungsjahr besonderer Formen bedurfte, um trotz der Begrenztheit unserer Ressourcen Erfolge verzeichnen zu können. Mit unserem Buch *Unternehmen Wilhelmsburg*, das zur Eröffnung der Bauausstellung im März 2013 erschien,³³ versuchten wir weitere Leser_innenkreise zu erreichen, als es uns zuvor mit den Broschüren gelungen war. Dabei ging es auch um eine Verankerung eines „alternativen“ Textes in der (kritischen) Stadtforschung. Die Veröffentlichung begleiteten wir mit einer Veranstaltungsreihe zu den einzelnen Themen des Buches. Kurzzeitig gelang uns eine Art medialer Durchbruch. Unsere Internetpräsenz wurde im Jahr 2013 um ein Vielfaches mehr wahrgenommen – mit dem Effekt ebenfalls steigender Anfragen von Journalist_innen und einer für einige Wochen andauernden Präsenz in den verschiedensten lokalen, (etwas weniger) überregionalen und vereinzelt internationalen Medien. Dazu trug auch die Kampagne *IBA?NigsDA!* bei, die selbst stark medienöffentlich sichtbar wurde und auch unseren Aktionen eine große Aufmerksamkeit zusicherte. Diese Kampagne ging aus der Vernetzung verschiedener IBA-kritischer Initiativen und Einzelpersonen hervor. Es zeigte sich schnell, dass es vor allem angesichts der Ausstellungseröffnungen einen „Run“ auf das Scheinwerferlicht gab: Schulleiter_innen und Lehrer_innen, die auf die katastrophale Personalsituation der Schulen aufmerksam

³³ Vgl. AKU, *Unternehmen* (wie Anm. 5).

machten, Proteste gegen die geplante Autobahn, Naturschützer_innen und Gentrifizierungskritiker_innen – alle traten nun auf den Plan.

Die mediale Berichterstattung nahm das Angebot einer kritischen Kampagne begeistert auf, und für eine kurze Zeit konnten Mobilisierungserfolge vor allem rund um das Schlagwort „Gentrifizierung in Wilhelmsburg“ gefeiert werden. Während die politisch und planerisch Verantwortlichen sich bisher kaum öffentlich zu Mietsteigerungen und Verdrängung im Stadtteil positionieren mussten, hagelte es nun entsprechende Fragen aus der überregionalen Medienlandschaft. Aus dem „Modellprojekt“ war die „umstrittene Bauausstellung“ geworden. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gezeigte Bilder von der Demonstration gegen die IBA-Eröffnung, die unter starkem Polizeischutz durchgeführt wurde, komplettierten diese Demontage des Images sozial und ökologisch vorbildhafter Stadtentwicklung.

Die Unübersichtlichkeit der Eröffnungssituation nutzten wir für ein weiteres Experiment mit Subvertising-Ansätzen. Als Mitarbeiter_innen der Bauausstellung verkleidet, präsentierten wir zur Eröffnung ein neues Leitthema. Unter dem in der bundesrepublikanischen Stadtforschung gerade zum Modebegriff avancierenden Stichwort (urbaner) „Resilienz“ sollten die in Wilhelmsburg lebenden Menschen dazu angeleitet werden, möglichst geräuschlos mit den verschärften Lebensbedingungen umzugehen, die sich durch die Bauausstellung ergeben hatten. Auf diese Weise sollten Best-Practice-Beispiele gefunden werden, wie etwa individuell das Problem immer geringerer verfügbarer Wohnfläche kreativ bearbeitet werden könnte. Kostenneutrale Lösungen für die Schattenseiten der Bauausstellung waren das Ziel. Die Übernahme von Design und Duktus der Bauausstellung funktionierte in letzter Konsequenz fast zu gut. Während der Verteilung unserer Informationsmaterialien kam es zu keinerlei Irritationen seitens der Besucher_innen der Ausstellung, lediglich im Nachgang wurden die zynischen Thesen in Internetforen und Email-Listen diskutiert und schließlich als „plum-

pe Fälschung des AKU“ entlarvt. In Bezug auf Subvertising-Strategien kam hier die Frage auf, wie trotz einer guten Adaption der Form ein Bruch erzeugt werden kann, der die Kritik noch wahrnehmbar transportiert.

Das mediale Begleitprogramm, das die politisch-administrative Stadtplanung im Ausstellungsjahr inszenierte, initiierte schließlich auch eine erneute Auseinandersetzung mit der Rolle von Wissenschaftler_innen in konkreten politischen Prozessen. Saskia Sassen, Kuratoriumsmitglied der IBA Hamburg, wurde in einer linksliberalen Tageszeitung zu den Veränderungen im Stadtteil und zu dem Gentrifizierungsvorwurf befragt.³⁴ In ihren Antworten wiederholte sie das IBA-Mantra einer „Aufwertung ohne Verdrängung“, attestierte den IBA-Projekten einen sowohl „vorbildlichen“ als auch „sozialen“ Charakter und tat die Kritiker_innen an der Bauausstellung als uninformiert ab, während sie selbst mit veralteten Daten aus der SAGA- und IBA-PR operierte. In einem offenen Brief wollten wir die prominente Forscherin daran erinnern, dass die Information durch die Verantwortlichen der Internationalen Bauausstellung die eigene Recherche nicht ersetzen sollte. Der folgende Wechsel von offenen Briefen wurde international in der wissenschaftlichen (und aktivistischen) Community durchaus wahrgenommen, wenngleich die wünschenswerte und wichtige Debatte um die Frage nach der politischen Verantwortung von „kritischen“ Stadtforscher_innen, die sich auf „Experten“-Rollen und Beratungsjobs einlassen, leider weitgehend ausgeblieben ist.

Im medial flankierten Ausstellungsjahr erhielten Strategien, die auf die Herstellung von Gegenöffentlichkeit zielten, insgesamt viel Aufmerksamkeit. Danach wurden sie viel weniger wahrgenommen, was sich am deutlichsten an den nachlassenden Presseanfragen, den eingebrochenen Besucher_innenzahlen des Blogs sowie dem zurückgegangenen Interesse an dem AKU-Buch ausdrückte.

³⁴ Diese Kontroverse ist hier dokumentiert, einschließlich des Links zur Antwort von Saskia Sassen auf den offenen Brief des AKU: [<http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/2013-09-antwort-und-einladung-an-saskia-sassen>].

In Bezug auf die Veränderungen in Wilhelmsburg wirft das Abebben des stadtweiten und überregionalen Interesses neue Fragen auf. Auch nach dem formellen Ende der Internationalen Bauausstellung sowie der Internationalen Gartenschau bleibt die Umstrukturierung des Stadtteils zugunsten von Investor_innen und der eher bürgerlichen Mittelklasse in vollem Gange. Die „Normalität“, die auf den „zeitlich befristeten Ausnahmezustand“ folgen soll, drückt sich in Masterplänen aus, die weit weniger geräuschvoll, dafür aber in großem Umfang eine Neubebauung vorsehen. Gerade nach den erfolgreichen öffentlichen Interventionen im Kielwasser der Bauausstellung geht die Suche danach, wie kritische Stimmen effektiv positioniert werden können, in eine neue Runde.

5. Verweigerung und Rollenspiele

Wie erwähnt hatte das Vorgehen des Arbeitskreises experimentellen Charakter. In vielen Situationen spielten wir unterschiedliche Rollen- und Rollenerwartungen aus. Nach und nach lernten wir auch, diese fluktuierenden Rollen bewusst zu verweigern oder zu „spielen“. Je nach Konfliktfeld war auch unser eigenes Auftreten ein anderes. Im Kontakt mit Mieter_innen wollten wir nicht als Wissenschaftler_innen auftreten. Und nicht nur das, wir sind ja auch mehrheitlich Wilhelmsburger Mieter_innen, die durch den Druck auf die Preise selbst konkret betroffen sind. Bei anderen Gelegenheiten spielten wir dagegen genau mit dieser Rolle als Wissenschaftler_innen. Dies galt vor allem für die Subvertising-Aktionen. Bei diesen performativen Aktionen haben wir einmal eher klassisch-künstlerisch, das andere Mal in der Form „Intervention / Experiment“ agiert – ohne uns allerdings selbst in der Rolle als „Künstler“ zu begreifen. Sogar die Rolle der „Expert_innen“ haben wir gelegentlich angenommen: im Falle der erwähnten Kritik des „Strukturmonitorings“, aber auch in Bezug auf unsere Untersuchung im Bahnhofs- und im Korallusviertel. In unseren Broschü-

ren, in Blog, Buch und Kampagne haben wir dann schließlich als „linke Stadtteil-Aktivist_innen“ gesprochen.

Bei aller Betonung des Nichtkonventionellen und der Abgrenzung sowohl von forschenden Zugängen, die sich für ein bestimmtes „Feld“ interessieren, als auch von aktivistischen Strategien und Anleitungen wie dem „(Community) Organizing“ – es wäre dennoch falsch, so zu tun, als ob es keine handlungsleitenden Ansätze gegeben hätte. Denn es waren die (lokalen) Konflikte selbst, die unter den Bedingungen unserer eigenen beschränkten Ressourcen den Rhythmus unserer Arbeit bestimmten. Diese wurden in einem Rahmen interpretiert, der durch das Recht-auf-Stadt-Netzwerk und seine Forderungen sowie die Kritik an der neoliberalen Stadtpolitik entscheidend geprägt war. Zugleich wurden diese Forderungen und Kritiken aber nicht einfach auf das Feld projiziert, sondern es ging um eine Neugier und eine grundlegende Empathie den Menschen gegenüber, mit denen wir in diesen Konflikten engagiert waren. Resultat war ein offener Prozess, in dem sich Formen, die allesamt aber durchaus zum Repertoire der aktuellen urbanen sozialen Bewegungen zählen, rasch abwechselten. In diesem Anspruch, einen offenen Prozess zu organisieren, nicht alleine und nicht vorrangig als „Methode“, sondern als entscheidende inhaltliche Dimension, sind die hier geschilderten Erfahrungen Ansätzen aus der akademischen Welt wie der Aktionsforschung vielleicht am nächsten. Unsere Aktivitäten setzten außerdem immer eine eigene Involviertheit voraus, ohne die der jeweilige Konflikt unsichtbar bliebe. Ziel war schließlich nicht, „neutrales“ Wissen über Stadtpolitik zu produzieren, sondern herauszufinden, an welchen Stellen die hegemoniale Stadtpolitik Konflikte hervorbringt und Brüche ermöglicht, die Alternativen zu dem aufzeigen, was Margit Mayer zuletzt als „neoliberalisierende“ Stadt“ bezeichnet hat.³⁵

Die oft überraschende Dynamik dieser Konflikte führte aber auch dazu, dass wir unsere Ideen und Vorgehensweisen selbst immer wieder neu justieren mussten. Wie am Beispiel der Aktionen

³⁵ Vgl. Mayer, Neoliberalisierung (wie Anm. 4).

im Bahnhofs- und im Korallusviertel gezeigt wurde, gab es auch in unserer eigenen Praxis durchaus eine Spannung zwischen Fremd- und Selbstorganisation. In letzter Instanz muss davon gesprochen werden, dass beispielsweise der Zugang von Mieter_innen in der Stadtperipherie zur lokalen und sogar überregionalen Öffentlichkeit nicht einfach gegeben ist, sondern erst geschaffen werden muss, und dabei kann die Rolle von „Vermittler_innen“, die aufgrund ihrer eigenen Biografie und sozialen Verortung über ein größeres kulturelles Kapital verfügen, entscheidend sein. Aber diese Rolle ist gleichzeitig auch problematisch, denn in ihr verstetigt sich ja gerade auch die Hierarchie der Sprechpositionen. Ein reflektierter Umgang mit solchen Ungleichgewichten ist sehr bedeutend, er löst das Problem alleine aber keineswegs. Sich gegenüber bestimmten Erwartungen zu verweigern und in das erwähnte Rollenspiel einzusteigen, scheint uns einen Ausweg aus der Misere anzuzeigen – ein Ausweg freilich, der selbst eine Menge Wissen und Ressourcen voraussetzt, die ebenfalls nicht für alle Stadtbewohner_innen gleichermaßen zugänglich sind. Insgesamt scheint uns damit die Frage, wie auch über unsere Ansätze hinaus und gerade im Zeitalter instrumenteller Partizipation und lokaler Akzeptanzbeschaffung systematisch andere „Reflexionsräume“ hergestellt werden können, sehr wichtig. Was wir hier darstellen konnten, ist keinesfalls schon die Antwort auf diese Frage.

Innerhalb des Kontextes aktueller urbaner Sozialproteste ist die Bedeutung dieser Beobachtung kaum zu unterschätzen. Denn auch diese sind nicht einfach per se „offen“, wie die in der Recht-auf-Stadt-Bewegung viel rezipierte Vorstellung eines „vielfältigen“ Stadtraumes nahelegt. Unsere Arbeit findet vielmehr in einem Feld statt, in dem der Abstand zwischen dem „Sprechen“ einiger und dem „Schweigen“ vieler – das besser als „nicht gehört werden“ beschrieben werden sollte – nicht alleine durch die Beschwörung der „offenen Stadt“ zu vermindern ist. Anders als in der Bezugnahme auf (immer noch?) relativ eindeutig abgrenzbare institutionelle Rahmungen (wie etwa dem „Betrieb“ in der Arbeits- oder Stadtför-

schung) stellt sich der Stadtraum eben sowohl als multidimensional und überdeterminiert als auch – gerade in der Folge neoliberaler Stadtpolitik – als sozial und politisch tief fragmentiert dar.

Der Wunsch, dieser Fragmentierung ein „Recht auf Stadt“ für alle entgegenzusetzen, steht im Zentrum der Geschichte, die wir hier erzählt haben. Uns ging es darum, über eine Aneignung und ironische Distanzierung auch die Formen selbst anzugreifen, in denen Stadtpolitik heute überwiegend vermittelt wird – die Sprache, das „Expertentum“, die eingeübten Beziehungen und Rollenspiele zwischen Bewohner_innen, Initiativen / Aktivist_innen, Wissenschaftler_innen, Verwaltung, politischen Repräsentant_innen und der Öffentlichkeit, und auch die Ausschlüsse, die dabei produziert werden. Ob dieses suchende, experimentelle Vorgehen verallgemeinerte und konzeptionelle Schlüsse nahe legt, sei dahingestellt. Aber es scheint uns nicht untypisch für alle Erfahrungen zu sein, in denen es vorrangig um eine Politisierung des Alltags geht – und, um auf den Anfang zurückzukommen, um den Versuch einer praktischen Aufhebung von „Wissenschaft“ und „politischer Praxis“ in den Vorgehensweisen, in denen für ein Recht auf Stadt (und mehr?) gestritten wird.